

BULLETIN

NUMMER 4 | DEZEMBER 2021



- * 4 Kantonsrat - Ökologisch in die Zukunft *
- * 6 Klima - Ungerecht-fertig *
- * 12 Junge Alternative - Frontex an der Grenze *
- * 14 Initiative - Umweltverantwortung jetzt! *
- * 18 Biodiversität - Hand in Hand *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Dörfs chli weniger si?

4 Kantonsrat

Ökologisch in die Zukunft

5 Kantonsrat

Schwarzarbeit

6 Klima

Ungerecht-fertig

9 Wohnbaugenossenschaft

Wo steht W'Alter?

10 Geschichte

Weihnachts-Hungern

12 Junge Alternative

Frontex an der Grenze

13 Abstimmung

Glaubwürdig

14 Initiative

Umweltverantwortung jetzt!

16 Grünspecht

Propaganda der Spaltung

17 Nationalrat

Unethische schwarze Listen

18 Biodiversität

Hand in Hand

20 Gleichstellung

Vernetzt

22 Wirtschaft

Wachstum und Ressourcen

24 Gestreift

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Das Bild entstand an der Klimademo vom 14. November 2021 in Zug. (Paula Gisler)

Dörfs chli weniger sii?

Natalie Chiodi

Ich solle doch das Edito schreiben, meinten meine Redaktionskollegen (ja, nur männlich), schliesslich sei ich ja schon seit 25 Jahren in der Redaktion. Zum Jubiläum, quasi. Tja, so geht das, arbeiten statt feiern!

Zu feiern gibt es wirklich nichts, wenn wir uns den neusten Klimabericht anschauen. Weitere 25 Jahre können wir nicht warten, hinauszögern, um den heissen Brei herumreden und uns nicht darum scheren, was nachher sein wird. Der Weltklimarat IPCC warnt in seinem neuen Bericht vor einer deutlich rascheren globalen Erwärmung als bislang angenommen. Die Erde werde sich bei der derzeitigen Entwicklung bereits gegen 2030 um 1,5 Grad (im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter) erwärmen – das wäre dann früher als noch 2018 prognostiziert. Mit anderen Worten: Wenn es keine sofortige, schnelle und grossflächige Verringerung der Treibhausgasemissionen gibt, dann wird die Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad oder sogar 2 Grad unerreichbar sein. Punkt! Am diesjährigen Klimagipfel in Glasgow wurden die Massnahmenpläne der Regierungen verglichen. Nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes durch die Stimmbevölkerung steht auch die Schweiz in Glasgow schlecht da. Eines der reichsten Länder der Erde zeigt so, dass es am Klimaschutz nicht interessiert ist. Wie peinlich! Aber es geht noch peinlicher, denn die Schweizer Delegation legt ihren Fokus auf internationale Kompensationsmechanismen. Alles wie gehabt: Die Schweiz lagert Probleme so weit als möglich aus. Der Klimagipfel endet also ernüchternd. Die Abschlusskonferenz wird ein Desaster. Was tun? Die Organisation Klimastreik Zug organisierte just zum Ende des Klimagipfels eine nationale Demo



in Zug. Die Demonstrierenden betonten in Reden die Verantwortung der Konzerne als zentrale Treiber der Klimakrise. Laut einer Studie sind nämlich 100 Konzerne für 71 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich. Wer nicht untätig zuschauen mag, muss selber handeln. Wer sich bei seinen Tätigkeiten von der Frage leiten lässt, «öbs au chli weniger sii dörf», also einmal weniger streamen, einmal öfters zu Fuss unterwegs sein, einmal öfters die Mehrwegverpackung nehmen, einmal häufiger die Schuhsohle flicken lassen, einen Kaffee weniger trinken, die Wohnungstemperatur um ein Grad senken etc. und darin einen Mehrwert sehen kann, tut viel für das Klima. Das Streben nach begrenztem Verbrauch wird auch mit Suffizienz umschrieben. Ein kleines Büchlein von Mathias Plüss mit dem Titel «Weniger ist weniger» leitet uns alltagspraktisch an, wenn Unterstützung gebraucht wird. Da kann man dann beispielsweise lesen, dass das Naschen von Haselnüssen

klimaverträglicher ist als der Konsum von Schoggi. Nun noch in eigener Sache. Die Unterstützung von tat- und schreibkräftigen Menschen jeden Geschlechts für die Redaktion wäre toll. Bald bin ich mehr als die Hälfte meines Lebens im Redaktionsteam des BULLETINS. So lange ist man nur dann freiwillig am Arbeiten, wenn es Spass macht und sinnvoll ist! Was mich betrifft, «dörfs no chli meh sii» im Redaktionsteam des BULLETINS. ■

3

Ökologisch in die Zukunft

Luzian Franzini, Kantonsrat

4 Momentan wird viel über die Zukunft der Schweizer Stromversorgung diskutiert. Eine stabile Stromversorgung und der künftige Stromverbrauch müssen die Politik tatsächlich beschäftigen, denn mit dem notwendigen Ausstieg aus den fossilen Energien wird der Stromverbrauch unweigerlich steigen.

Statt Angstmacherei zu betreiben, müssen also konkrete Massnahmen und Lösungsvorschläge für die Sicherstellung der Energieversorgung auf den Tisch. Expertinnen und Experten aus der Branche sagen klar: Sonne, Wasser, Wind und Biomasse können genügend Energie liefern, um den einheimischen Bedarf abzudecken. Dabei muss die Wasserenergie, welche die Schweiz für die Winterenergie braucht, priorisiert werden. Daneben gibt es aber auch ein riesiges Potenzial in der Sonnenenergie, welches noch ungenügend genutzt wird. Konkret liessen sich laut einer aktuellen nationalen Studie allein im Kanton Zug jährlich 623 Gigawattstunden Strom mit Sonnenenergie gewinnen. Das ist beinahe so viel, wie die Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 gemeinsam produzieren. Aktuell schreitet der Ausbau der Photovoltaikanlagen und Solarkollektoren in der Schweiz jedoch sehr langsam voran. Im Jahr 2019 wurde in unserem Kanton nur auf 4,5 Prozent der Dächer die Sonnenenergie genutzt. Wenn es im aktuellen Tempo weiterginge, würde der Kanton Zug das gesamte Potenzial der Sonnenenergie erst in 232 Jahren ausschöpfen.

Damit es in dieser Sache endlich vorwärts geht, lancieren die Alternativen – die Grünen im Zuger Kantonsrat eine Solaroffensive. Die Zuger Häuser sollen künftig bei Neubau oder Sanierung mit Anlagen zur Nutzung von Solarenergie ausgestattet werden, wenn sich die Dach- oder Fassadenflächen dafür eignen und die Installation technisch und betrieblich machbar sowie finanziell tragbar ist. Damit den Eigentümern keine untragbaren Kosten aufgebürdet werden, soll der Kanton Zug einen Solarfonds schaf-

fen, welcher solche Bauten unterstützt. Solarpanels führen längerfristig zu tieferen Energiekosten und entlasten sowohl Mieter*innen wie auch Eigentümer*innen. Die Versorgungssicherheit steigt, wenn die Energie aus der Region genutzt wird, statt vom anderen Ende der Welt importiert werden muss.



Würde das Solarpotenzial der Zuger Dächer komplett genutzt, so liesse sich ein Vielfaches der Zuger Bevölkerung mit Strom versorgen.

Absolut unsinnig ist jedoch, dass gewisse Kreise aktuell über neue Atomkraftwerke diskutieren möchten. Einerseits stimmte die Bevölkerung 2017 deutlich für den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Andererseits wären neue Nuklearreaktoren frühestens in 20 Jahren am Netz – viel zu spät, um einen Beitrag gegen die Klimakrise und für die Versorgungssicherheit zu leisten. Zudem sind die aktuell geplanten Projekte unwirtschaftlich. Alle drei aktuellen AKW-Neubauprojekte in Europa haben Bauzeit und Kosten bereits um das Dreifache überzogen und werden nie rentabel betrieben werden können. Der Uranabbau verursacht zudem massive Schadstoffe und ist nicht erneuerbar.

Hinzu kommt die Grundproblematik des Atom Mülls, welcher noch für Hunderttausende von Jahren weiterstrahlt. Obwohl auch die Schweiz seit Jahrzehnten auf der Suche nach einem Endlager ist, hat sich bisher verständlicherweise noch keine Gemeinde dazu bereit erklärt, den Atom Müll bei sich zu lagern. Die Photovoltaik hingegen kann eine tragende Säule der Energiewende sein. Der Zubau von Solaranlagen ist aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht eindeutig das Gebot der Stunde, und der Kanton Zug kann und muss hier endlich vorwärts machen. ■

Motion ALG im Kantonsrat

Die Motion fordert, dass neue und sanierte, auf Dauer angelegte Bauten mit Anlagen zur Nutzung von Solarenergie (Strom und/oder Wärme) auszustatten sind, wenn sich die Dach- oder Fassadenflächen dafür eignen und die Installation technisch und betrieblich machbar sowie finanziell tragbar ist. Zudem sollen Dächer sowie Fassaden mit einheimischen Pflanzen/Gewächsen begrünt werden, wo sich entsprechende Dach- sowie Fassadenflächen dafür eignen.

Schwarzarbeit

Luzian Franzini, Kantonsrat

Im Frühjahr 2021 enthüllten Medienrecherchen, dass in der Zentralschweizer Baubranche durch einige Akteure systematisch Schwarzarbeit betrieben wird. Mit undurchsichtigen Unternehmenskonstruktionen dreht sich ein Karussell, auf dem Unternehmer Arbeiter untereinander austauschen, die auf dem Papier nichts miteinander zu tun haben, faktisch aber zusammengehören. Es handelt sich hierbei um Netzwerke, welche illegale Arbeitskräfte ins Land holen. Im Kanton Zug wird weggeschaut.

Diese Netzwerke bringen Männer, häufig aus Osteuropa, die als Touristen einreisen, hier ungemeldet und ohne Bewilligung arbeiten und die Schweiz erst wieder verlassen, wenn sie bei Kontrollen auffliegen. Diese Männer arbeiten zu Tiefstlöhnen, die Differenz zwischen dem vom Auftraggeber bezahlten Lohn und dem vom Subunternehmen ausbezahlten effektiven Lohn streicht das Subunternehmen ein. Immer wieder stossen Kontrolleure auf Arbeiter, deren Arbeitsbewilligung entweder nicht für den entsprechenden Kanton gültig oder längst abgelaufen ist. Auf diese Enthüllungen hin reichte die ALG eine Interpellation ein und wollte von der Regierung wissen, was dagegen zu tun sei. Die Antwort des Regierungsrates ist simpel: Nichts. Im Gegenteil, die Auswirkungen der Schwarzarbeit werden sogar noch verharmlost, indem beispielsweise die Wertschöpfungswirkung betont wird. Fakt ist: Schwarzarbeit macht das ehrlich arbeitende Schweizer Gewerbe kaputt, führt zu tieferen Löhnen und zu Altersarmut, was wiederum steigende Kosten bei den Ergänzungsleistungen bedeutet. Konkret werden bei der Schwarzarbeit keine Sozialabgaben (AHV, IV, ALV usw.) entrichtet, keine Arbeitsbewilligungen eingeholt sowie kein Lohn und Umsatz versteuert. Die Arbeitnehmenden werden (in der Regel) auch nicht gegen Unfall versichert. Mit den bisherigen Massnahmen wählt der Kanton Zug einen unverständlichen Sonderweg. Er ist der einzige Kanton, der keine Personen angestellt hat, welche aus-

schliesslich Schwarzarbeitskontrollen durchführen und nach mutmasslichen Übertretungen des Steuer-, Sozialversicherungs-, Ausländer- und Arbeitsrechtes Ausschau halten, wie dies bei



Besonders bei der Pflege zu Hause ist das Schwarzarbeitsrisiko hoch.

allen anderen Kantonen der Fall ist. Im interkantonalen Vergleich zeigt sich auch, dass der Kanton Zug massiv weniger Stellen für die Kontrolle der arbeitsrechtlichen Verhältnisse mit Schwerpunkt Schwarzarbeit aufwendet. In unserem Kanton mit 20 Milliarden Franken Bruttowertschöpfung pro Jahr sind lediglich 80 Stellenprozente vorgesehen. Kantone mit einer ähnlichen Wertschöpfung wie Zug leisten ein Mehrfaches mit 1,8 bis 7 Vollzeitstellen. Dies schlägt sich natürlich auch auf die Anzahl Kontrollen nieder, welche effektiv vollzogen wurden. Im Jahr 2020 machten nur noch

die Kantone Appenzell-Innerrhoden, -Ausserrhoden und Glarus weniger Personenkontrollen auf dem Arbeitsmarkt. Im schweizweiten Vergleich ist der Kanton Zug das absolute Schlusslicht, kein einziger Kanton führt weniger Personen und Betriebskontrollen pro Arbeitsstelle durch. Pro 10 000 Betriebe werden 25 kontrolliert, pro 10 000 Arbeitnehmende gerade mal 10 Personen. Bei dieser Dichte ist keine genügende Bekämpfung der Schwarzarbeit sichergestellt. Spricht man mit Kennern des Zentralschweizer Arbeitsmarktes, widersprechen sie ganz klar der Darstellung

der Regierung, dass aufgrund des hohen Lohnniveaus die Gefahr für Schwarzarbeit massiv kleiner sei. Es gibt viele Branchen, wo genauer hingeschaut werden muss. Beispielsweise im Bereich der Care-Hausdienste, welche die Betreuung von betagten Menschen zu Hause übernehmen, wird eine grosse Dunkelziffer vermutet. ■

Ungerecht-fertig

Redaktion BULLETIN

6

Der Verein Klimastreik Zug organisierte am 14. November 2021 eine Grossdemo in Zug. Es wurde Klimagerechtigkeit gefordert. Die in Zug ansässigen Konzerne sind für etwa 1,5 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Kritik der Teilnehmenden richtete sich besonders gegen Grosskonzerne, welche durch das Anfeuern der Klimakrise das grosse Geld machen. Dazu kommt, dass diese Konzerne dem Prinzip der Klimagerechtigkeit fundamental widersprechen: Emissionen, Naturzerstörung und Menschenrechtsverletzungen werden in den globalen Süden verlagert, während die Wertschöpfung fast nur dem globalen Norden zugutekommt.





Warum es Klimademos braucht

Angesichts der vielen Publikationen, Berichte und Initiativen könnte man glauben, die Wirtschaft, die Behörden und die Bevölkerung hätten verstanden, dass in Sachen Klima Handlungsbedarf besteht. Leider zeigt uns ein aktuelles Beispiel aus dem Kanton Zug, dass nicht alle Akteure verstanden haben, worum es geht. Es geht nicht einfach um die CO₂-Bilanz einer Firma, einer Region oder einer Person, es geht um Klimaverantwortung: Für welche Klimaschäden sind wir verantwortlich?

Das Jahr 2021 steht bei der Zuger Wirtschaftskammer unter dem Thema Umwelt. Um einen Überblick zu erhalten, wo der Kanton Zug in Sachen CO₂-Emissionen steht, hat die Wirtschaftsorganisation eine Studie «Green Check Zug» in Auftrag gegeben. Wir kennen den Auftrag nicht im Detail, aber die präsentierten Resultate zeigen, dass die Stossrichtung der Studie falsch ist.

«Die Studie zeigt die grössten Hebel für eine Verbesserung der CO₂-Bilanz im Kanton Zug. Erste Resultate lassen aufhorchen: Die Wirtschaft ist für knapp die Hälfte der CO₂-Emissionen im Kanton verantwortlich. Hauptquellen sind dabei der Verkehr mit einem Anteil von 38 Prozent sowie der Wärmebedarf (Heizung und Warmwasseraufbereitung) mit 34 Prozent. Dort sind auch die grössten Hebel für eine Verbesserung der Bilanz.»

Nein, so nicht! In einer Welt, in welcher die industrielle Produktion für den globalen Norden in den globalen Süden ausgelagert ist, verzerrt eine solche Bilanz das Bild komplett. Wir sind nicht nur verantwortlich für die Emissionen im Kanton Zug, sondern für alle Emissionen, welche unser Handeln auslöst. Am konkreten Beispiel «Verkehr» aus der Studie also nicht einfach die Verbrennungsgase der Autos für den Arbeitsweg betrachten, sondern auch die Energie für die Herstellung der Autos und die Abgase (nicht nur CO₂!), die Rohstoffe für den Bau der Autos, die Energie und die weiteren Emissionen für die Gewinnung dieser Rohstoffe, die Energie für die Gewinnung und den Transport des Autotreibstoffs und die in all diesen Prozessen entstehenden weiteren Umweltbelastungen (Schäden an Landschaften, Gewässern, Flora, Fauna und Menschen). Die Aufzählung ist nicht abschliessend! Wer in einer «Studie» nur auf CO₂ fokussiert, hat noch nicht verstanden, was Umweltverantwortung heisst. Deshalb: Auf zur nächsten Demo!



Wo steht W'Alter?

Patrick Leemann, Vorstand W'Alter

W'Alter ist eine gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft für Jung und Alt in der Stadt Zug. Sie setzt sich seit 2014 für bezahlbaren Wohn- und Lebensraum ein. Dabei agiert W'Alter gemeinnützig, selbstverwaltet und generationenübergreifend.

Sieben Jahre sind seit der Gründung der Genossenschaft W'Alter vergangen. Ein Haus, respektive Wohnungen konnten noch nicht bezogen werden. Deshalb stellt sich die Frage: Wo steht W'Alter heute?

Der Vorstand war und ist sehr engagiert in der Netzwerk- und Projektarbeit. Dies zeigt sich insofern, dass die Genossenschaft W'Alter mittlerweile in den entsprechenden Abteilungen der städtischen und kantonalen Verwaltung und bei einzelnen Investoren (z.B. V-Zug, Papieri) und den anderen Zuger Wohnbaugenossenschaften bekannt ist. Bei verschiedenen Bauprojekten konnte der Vorstand die Vision des genossenschaftlichen Zusammenlebens vorstellen und hervorheben, was W'Alter einmalig macht im Kanton Zug. Ein erster Teilerfolg ist der jungen Wohnbaugenossenschaft auf dem Areal Steinlager im Norden der Stadt Zug geglückt. W'Alter ist eine von mehreren Nutzer*innen, die das zukünftige Wohnprojekt realisieren dürfen. Grosser Haken an der Sache: Es ist noch unklar, wann das Projekt realisiert wird. Vielleicht in vier, acht oder noch mehr Jahren. Die Genossenschaft hofft darauf, dass die Stadt den Turbo zündet und auf dem Areal Steinlager 2026 die ersten W'Alter-Wohneinheiten bezugsbereit sind. Auf diesen «unsicheren» Lorbeeren will sich der Vorstand (Stand 15.11.21) nicht ausruhen und sucht deshalb weiter nach Bauland oder einem bestehenden Gebäude, damit möglichst zeitnah ein erstes Wohnprojekt der Genossenschaft W'Alter umgesetzt werden kann.

Gemeinsame Werte entwickeln

Nebst dem Vorstand waren auch die Genossenschafter*innen aktiv und haben bereits sehr viel Vorarbeit geleistet, was die Form des Zusammen-

lebens betrifft. In Arbeitsgruppen und Workshops wurden diverse Fragen diskutiert und bearbeitet. Mit dem Ziel, eine Vorstellung zu bekommen, wie das generationenübergreifende Zusammenleben in Cluster- und Mietwohnungen, in Gemeinschaftsräumen, mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen und selbstverwaltet funktionieren könnte. Ein spannender Prozess, der nach wie vor im Gange ist

und auch eine gute Gelegenheit bietet, einander besser kennenzulernen und gemeinsame Werte zu entwickeln, damit das gemeinschaftliche Wohnen gelingen kann. W'Alter wächst kontinuierlich und zählt heute 45 Mitglieder.

Wir bleiben am Ball für W'Alter und für alternative Wohnformen in Zug, der Vorstand auf der Suche nach Bauland oder einem bestehenden Projekt zur Realisierung unserer Vision für das gemeinschaftliche Zusammenleben, und die Mitglieder in der Entwicklung von gemeinsamen Werten und Wohnformen und im Zusammenwachsen als Genossenschaft. ■



Die Wünsche und Vorstellungen sind konkret, das Bauprojekt lässt auf sich warten.

W'Alter

Mitgliedschaft: Der Genossenschaftsanteil beträgt pro Mitglied CHF 3000.–
 Kontakt/Mitgliedschaftsantrag: Wohnbaugenossenschaft W'Alter c/o Patricia Thür,
 Widenstrasse 24, 6317 Oberwil b. Zug, info@genossenschaft-walter.ch
 Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: genossenschaft-walter.ch

Zweck: Die Genossenschaft W'Alter verfolgt das Ziel, in gemeinsamer Selbsthilfe und Mitverantwortung ihren Mitgliedern dauerhaft den Bedarf an Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu decken. Sie fördert das Zusammenleben im Sinne gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und gegenseitiger Solidarität. Junge Zuger*innen können mit dieser Wohnform autonom leben. Sie haben generationenübergreifenden Anschluss und profitieren von älteren Mitbewohner*innen und umgekehrt. Falls Sie, liebe Leserin und lieber Leser, Bauland oder ein Gebäude besitzen oder jemanden kennen, der dies tut, und Sie von unserer Idee begeistert sind, dann zögern Sie nicht und melden Sie sich bei uns.

Weihnachts-Hungern

Josef Lang

10

Vor 50 Jahren führten Jugendliche vom 23. bis zum 26. Dezember 1971 bei und in der reformierten Kirche Zug einen Hungerstreik durch. Damit solidarisierten sie sich mit der Dritten Welt und kritisierten den Weihnachtskonsum. Die Aktion, die ein starkes Echo fand, gehört zu den Ursprüngen der Neuen Zuger Linken.

Dem von der Arbeitsgruppe Dritte Welt (ADW) organisierten Hungerstreik war eine öffentliche Kampagne während der Adventszeit vorausgegangen. Eines der Flugblätter, das wir damals verteilten, trug den Titel: «Weihnachten – Tag der Solidarität oder zur Förderung des Konsums?». Den Übergang von der Vorkampagne zum Hungerstreik bildete ein politisches Nachtgebet in der heutigen

«Wahn auf dieser Erde»

In einer Bilanz im «Info-Bulletin», dem damaligen Organ der verschiedenen Arbeits- und Aktionsgruppen der Zuger 68er-Bewegung, schrieb der Steinhauser Kantischüler Beat Eberle: «Wir hatten Zeit: Drei Tage lang diskutierten wir unter uns und mit Vorübergehenden, drei Tage lang versuchten wir das Phänomen der Unterentwicklung zu erfassen, manchmal



Der 17jährige Autor im Gespräch mit einem älteren Kirchenbesucher.

City-Kirche. Die Nacht verbrachten wir in Zelten, den Tag abwechselnd im Pfarreiheim und in der Kälte. Drinnen diskutierten wir über das, was heute «system change» genannt wird, und draussen redeten wir mit den Passant:innen über Gott und die Welt, vor allem die hiesige und die «dritte».

voller Hoffnung, manchmal auch niedergeschlagen und traurig meditierend über den Wahn auf dieser Erde; unser Wahnsinn: der Konsumwahn der Besitzenden, der Wahnsinn eines menschenunwürdigen Lebens in den Slums Südamerikas und Asiens. (...) Es gilt der Unterdrückung und Ausbeutung der Entwicklungsländer

durch unsere Wirtschaft Abhilfe zu verschaffen.» (Nr. 8, 24. 1. 1972)

Die Mehrheit der Teilnehmenden, zu einem Fünftel Frauen, waren Kantischüler:innen und Mitglieder der Jugendforen Cham und Steinhausen. Weiter machten ein paar Studierende und auch Mitglieder der Basisgruppe Lehrlinge Zug (BLZ) mit. Die Reaktion der Öffentlichkeit – auch der Medien – war mehrheitlich positiv. Das tat nicht nur uns gut, sondern auch den Verantwortlichen der Reformierten Kirche. Die ADW schrieb gleich nach dem Hungerstreik in einer Erklärung, die unter dem Titel «Aktion Solidarische Weihnacht» in den «Zuger Nachrichten» veröffentlicht wurde: «Zum Schluss möchten wir noch den protestantischen Kirchenbehörden dafür danken, dass sie uns in ihrer Kirche Gastrecht gewährten und dies obwohl sie sich teil heftiger Kritik aussetzen mussten.» (27.12.1971)

«Mit Provokation wecken»

In derselben Ausgabe der CVP-nahen Zeitung veröffentlichte der Chefredaktor Cäsar Rossi ein Foto, das ein vor der Kirche aufgestelltes Transparent zeigte: «Wir hungern aus Solidarität mit den Armen dieser Welt». Darunter setzte er eine längere Legende: «Viele taten diese Aktion als unnützig ab, sie unterstellten den Hungernden, dass sie sich wichtigmachen wollen usw. Bisher hat diese Aktion keinem hungernden Menschen auf der Welt einen Bissen Brot beschert. Vielleicht hat sich aber dieser oder jener der Passanten über das Elend in der Welt Gedanken gemacht. Und das wollten diese jungen Menschen. (...) Wenn sie provozierend wirkten während des «Politischen Weihnachtsgebets», war das vielleicht nicht richtig, aber kein Unglück. Unsere lethargische Gesellschaft ist sowieso nur noch mit Provokation zu wecken. Leider! Es ist ja so einfach, mit einem Fünfliber bei der nächsten Sammlung das Gewissen zu beruhigen.»

Die Tagesschau des Schweizer Fernsehens brachte am Sonntag, den 26. Dezember 1971, einen längeren Bericht über den Hungerstreik. Er kann in der Zuger Bibliothek, die ihn kürzlich beschafft hat, gesehen, aber nicht gehört werden. Der Ton ist im Fernseharchiv verloren gegangen. Die beiden Standfotos stammen aus der fraglichen Sendung. Das Fernsehen interessierte sich vor allem für die Gespräche zwischen den Streikenden und den Kirchgänger:innen, denen wir eine «Weihnachtszeitung» verteilten.

Prägendes Erlebnis

Die Bedeutung des Hungerstreiks 1971 liegt nicht nur in der damals unerhörten Aktionsform und im öffentlichen Echo. Sie liegt mindestens so stark im prägenden Gemeinschaftserlebnis von ein paar Dutzend Jugendlichen, deren Durchschnittsalter unter 20 Jahren lag. Mir persönlich, der 10 Wochen zuvor nach Zug gezogen war, erleichterte es die soziale Verankerung, wie das damals genannt wurde. Der Hungerstreik wurde 1972 am gleichen Ort wiederholt. Zwischenzeitlich hatte die ADW eine Angola-Woche durchgeführt – gegen den portugiesischen Kolonialismus. Sie bestand aus einer Informationskampagne und einer Medikamentensammlung, die sogar in der «Neuen Zürcher Zeitung» zu reden gab. Das Jugendforum Steinhausen führte eine originelle Umweltwoche durch. Die Disco des Jugendforums Cham wurde zu einem Ort, an dem kritische Filme gezeigt werden konnten. Die BLZ verwandelte sich in den Maiblit. Die Erstausgabe dessen Organs «Maiglögli» vom November 1972 wurde von der Polizei prompt beschlagnahmt. Vorwand dafür waren die Fotos eines Aufklärungsartikels, die harmloser waren als die gängigen Kioskheftli. Das polizeiliche Hauptmotiv waren Mitgliederlisten, die auch die ADW betrafen, und die knapp zwei Jahrzehnte später in den Fichen wieder auftauchten.



Hungerstreikende im Gespräch mit Passant:innen vor einem Informations-Ständer (Beide Standfotos stammen von SRF «Tagesschau» vom 26. Dezember 1971.)

Vom Hungerstreik zur Klimademo

Ebenfalls im Herbst 1972 beschlossen der Maiblit und ein Teil der ADW, sich an den Aufbau einer Zuger Sektion der Revolutionären Marxistischen Liga (RML-Mitglied der antistalinistischen IV. Internationale) zu machen. Andere traten der SP bei, die meisten blieben parteilos. Gemeinsam führten ADW, RML und SP-Linke Ende 1973 und 1974 eine Chile-Kampagne gegen den Pinochet-Putsch vom 11. September 1973 durch. Auch die Indochina-Solidarität ging weiter bis zur Wiedervereinigung Vietnams 1976. Die verbliebenen ADW-Mitglieder um Wädi Wyss führten gemeinsam mit der ADW Bern 1973 die spektakuläre Kampagne «Nestlé tötet Babies» durch. Der mit Cham verbundene Konzern verklagte darauf die ADW-Köpfe. Diese wurden dann praktisch freigesprochen. Die Nestlé-Aktion wurde zu einem Vorbild für zahlreiche spätere Kampagnen gegen multinationale Konzerne. Beispielsweise gegen Marc Rich (1980–1993) und deren Nachfolgerin Glencore, aber auch gegen die Apartheid- und Stasi-

kollaboration des Zuger Standorts. Dank der Frauenbefreiungsbewegung, die sich ab 1975 in Zug organisierte, wuchs auch der Anteil der Frauen in der Zuger Linken, und zwar ziemlich schnell.

Etwas Wichtiges, das der Hungerstreik – eine klassisch pazifistische Aktionsform –, begründete, war und ist die Gewaltlosigkeit. In Zug gab es bis heute praktisch keine linken Gewaltakte. Die 80er-Bewegung verpflichtete sich an einer Jugendlandsgemeinde ausdrücklich zum Gewaltverzicht. Das wichtigste Vermächtnis der Hungerstreiks von 1971 und 1972 und der Arbeitsgruppe Dritte Welt ist die konkrete Solidarität mit den weltweiten Opfern der Zuger Konzerne, insbesondere des Rohstoffhandels. Zwischen den ein halbes Jahrhundert auseinanderliegenden Aktionen, dem Hungerstreik von Weihnachten 1971 und der Klimagerechtigkeitsdemo vom 14. November 2021, gibt es einen engen Zusammenhang – was den Inhalt und was das Alter der Organisierenden betrifft. Allerdings waren es diesmal zwölfmal mehr Leute als vor 50 Jahren. ■

Frontex an der Grenze

Matúš Bielik, Co-Präsident Junge Alternative

12

61 Millionen Franken jährlich. Mit dieser Summe beschloss das Schweizer Parlament Anfang Oktober, die europäische Grenzschutzagentur Frontex bis 2027 zu unterstützen. Der heutige Betrag liegt bei 14 Millionen Franken im Jahr, welche die Schweiz seit 2009 als Schengen-Staat ans Budget der Frontex leistet. Das sind nur die Zahlen. Was aber steckt hinter dieser oft kritisierten Grenzschutzbehörde und was finanziert die sonst so EU-kritische Schweiz hier mit?

Die Frontex wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die Aussengrenzen und Küsten des Schengen-Raums zu schützen. Die Vision der Frontex ist – laut der Frontex selbst – der «Schutz des Europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts». Dabei handelt es sich wohl um eine sehr einseitige Vorstellung von Freiheit und Sicherheit. Der Frontex werden nämlich immer häufiger Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Abschiebungen von Asylsuchenden, illegalen «Push-Back-Aktionen» oder unterlassener Hilfeleistung auf dem Mittelmeer vorgeworfen. Der Schengenraum ermöglicht Europäerinnen und Europäern innerhalb seiner Grenzen die Bewegungsfreiheit – eine grosse Errungenschaft. Trotzdem wird unter dem Vorwand der «Erhaltung europäischer Werte» und «Gewährleistung von Sicherheit» das Narrativ gefördert, dass Migration über die europäischen Aussengrenzen und

offene Grenzen eine starke Bedrohung für die «Festung Europa» darstellt. Dieses Narrativ hat oft stark xenophobe und rassistische Untertöne.

Rolle der Schweiz

Was ist nun die Rolle der Schweiz in diesem Vorhaben, die Grenzen des Schengenraums zu hüten? Die Schweiz ist eine grosse Rohstoffhändlerin, Waffenexporteurin und ein international vernetzter Finanzplatz. Somit profitiert sie von der Bewachung der Grenze Europas und verursacht – direkt oder indirekt – viele der Fluchtgründe der Migrantinnen und Migranten. Die Schweiz kann ihr fabuliertes Image der humanitären Tradition nicht mehr aufrechterhalten. Nicht, wenn sie eine Organisation mitfinanziert, welche Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, ihre Heimat verlassen müssen und den langen Weg nach Europa auf sich nehmen, eine sichere Einwanderung verwehrt.

Referendum unterschreiben

Gegen diese zusätzliche Finanzierung wird nun das Referendum ergriffen. Die Idee, dass die Bewegungsfreiheit Grenzen hat, ist paradox. Statt Geflüchteten Zäune und Mauern in den Weg zu stellen, müssen wir als Bevölkerung Europas die Feindbilder gegen Migrantinnen und Migranten überwinden und die Kriminalisierung der Migration nach Europa stoppen. Dazu gehören ein Verbot von Waffenexporten, ein Stopp der Ausbeutung des globalen Südens, sichere Fluchtrouten und offene Grenzen. Wir müssen der Militarisierung an Europas Grenzen ein Ende setzen und sichere Häfen schaffen. Europa soll nicht mehr als unerreichbare Festung gelten, sondern als offener, toleranter und solidarischer Raum, welcher Menschen in Not nicht wegweist, sondern ihnen eine helfende Hand entgegenstreckt. Das Referendum kann unter frontex-referendum.ch unterschrieben werden. ■

Die Vorwürfe gegen Frontex: Darum geht es

Unterlassene Hilfeleistung: Frontex soll Informationen über Schiffe in Seenot, die zum Beispiel auf Patrouillenflügen gesammelt werden, zu spät an andere Schiffe weitergeben oder Hinweisen von Nichtregierungsorganisationen nicht nachgehen.

Push-Back heisst zurückdrängen. Wenn Menschen zurückgedrängt werden, die Asyl beantragen wollen, ist dies illegal. Denn es gibt in der EU das Recht auf einen Asylantrag.

Pull-Back heisst zurückschleppen. Frontex, so der Vorwurf, versorge die libysche Küstenwache heimlich mit Informationen über Flüchtlingsboote, damit diese vom Mittelmeer zurück nach Libyen geschleppt werden können. Quelle: SRF



Unüberwindbarer und umgenutzter Zaun an der Grenze Europas. Auch die Schweiz lässt sich das etwas kosten!

Glaubwürdig

Franz Lustenberger

Medienvielfalt und glaubwürdige Faktenvermittlung stehen am Ursprung der Demokratie. Sie sind unerlässlich, damit sich die Bürgerinnen und Bürger eine fundierte Meinung bilden können. Damit dies so bleibt, hat das Parlament ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien beschlossen. Wegen eines Referendums von rechts stimmen wir am 13. Februar darüber ab.

Was sind Tatsachen, was sind «fake-news»? Die Unterscheidung ist zentral für das Funktionieren eines demokratischen Staates. Glaubwürdige Informationen sind deshalb unabdingbar. Ohne genügend Mittel, vor allem ohne genügend kompetente Journalistinnen und Journalisten, ist diese Voraussetzung für die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger nicht gegeben. Derzeit erleben wir aber einen Erosionsprozess auf Seiten der Medien.



Welche Medien?

Viele Medien kämpfen ums Überleben; die Inserateinnahmen bei den traditionellen Medien sind eingebrochen; Werbung wandert in Online-Medien, vornehmlich zu den Giganten wie Facebook, Instagram oder Google, ab. Die Gratimentalität, die Medienhäuser notabene teilweise selber gefördert haben, erlaubt kaum mehr kostendeckende Abopreise. Die Folgen sind Sparübungen in den Redaktionen. Darunter leidet letztlich die journalistische Qualität.

Das Medienpaket will dem entgegenwirken, damit Zeitungen, Radios, TV-Stationen und Newsportale in der Schweiz ihre Aufgabe im Interesse der Bevölkerung wahrnehmen kön-

nen. Glaubwürdige Medien, welche über das Geschehen lokal, national und international berichten, Fakten liefern, zu Diskussionen anregen und Argumente liefern, sind aus meiner Sicht Teil einer Grundversorgung eines Landes, wie das Schienen- und Strassennetz für den Verkehr oder Schulen für die Bildung.

Breit abgestütztes Paket

Das vom Parlament mit deutlichen Mehrheiten beschlossene Paket basiert auf den drei Säulen Print-Förderung, Digital-Förderung und allgemeine Massnahmen für das gesamte Mediensystem. Unterstützt werden rund 170 Zeitungen und Zeitschriften in allen Landesteilen der Schweiz, von lokalen Wochenblättern über regionale Tageszeitungen bis zu nationalen Titeln, eine Vielzahl von Online-News-Plattformen, 21 Lokalradios und 13 Regionalfernsehen in allen Sprachregionen der Schweiz, Nachrichtenagenturen sowie Institutionen für die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten. Gerade lokale und regionale Medien sind für die politische Willensbildung in Gemeinden und Kantonen von Bedeutung. Diese lokalen und regionalen Medien werden überproportional unterstützt. Der Entlebucher, der Bote der Urschweiz, der Freiamter sind Beispiele für Zeitungen, die mit dem Medienpaket unterstützt werden sollen. Das Gesetz fördert die Informationsversorgung in den Regionen und für die Regionen.

Kein staatlicher Einfluss

Die Gegner kämpfen mit Schlagwörtern, etwa «Staatsmedien». Das ist reine Polemik. Ich habe selber mein ganzes Berufsleben bei Nachrichtenagenturen (vom Bund unterstützt),

bei Zeitungen (Unterstützung bei der Zustellung) und beim Schweizer Fernsehen (Gebührengelder) gearbeitet. Nie, aber auch gar nie, gab es auf den Redaktionen einen Druck einer Behörde, über dieses oder jenes Thema zu berichten oder nicht zu berichten. «Staatsmedien» gibt es in Weissrussland oder in China, nicht aber in der Schweiz. Daran ändert auch die Medienförderung nichts.

Der politische Journalismus hat – so Roger Blum im Buch über den politischen Journalismus* – heute mehr denn je die Aufgabe, ausdauernd und hartnäckig Fakten zu prüfen, Desinformationen zu entlarven und unermüdlich Wissen in aufklärerischem Sinne zu vermitteln. Gerade liberale Kreise sollten ein Interesse an starken Medien haben. «Das ist unverzichtbar, denn die Demokratie braucht zwingend den politischen Journalismus». ■

13

Der Autor

Der Autor ist freier Journalist (Zugerebieter und Zuger Presse). Vor der Pensionierung war er stv. Redaktionsleiter Tagesschau von Fernsehen SRF.

*Das Buch zum Thema

Handbuch Politischer Journalismus, herausgegeben von Marlis Prinzing und Roger Blum, Herbert von Halem Verlag, Köln, 2021



Umweltverantwortung jetzt!

Julia Küng, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz und Vorstand Junge Alternative Zug

14

Ohne Plan rasen wir auf Umweltkrisen wie die Klimaerwärmung oder das Artensterben zu. Wir gefährden unser Leben und machen trotzdem immer weiter. Die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen fordert, dass die Schweiz die Belastungsgrenzen der Erde nicht mehr überschreitet.

«Händ Sie d'Umweltverantwortungsinitiative scho unterschriebe?», ist seit Mitte August dieses Jahres überall in der Schweiz auf Märkten und vor Bahnhöfen zu hören – wahlweise auf Ostschweizerisch, Französisch oder Zugerdütsch. Die Jungen Grünen Schweiz sammeln engagiert für die neue Umweltverantwortungsinitiative. Die Anliegen der Initiative sind wichtig und dringend: Sie ist aktuell der einzige politische Vorschlag, der mutig genug ist, die Einhaltung des 1,5 Grad-Zieles von Paris zu fordern.

Umweltschutz ist kein «nice to have»

Dieser Sommer war ein einziger Warnruf: Heftige Unwetter, verheerende Waldbrände und der Hitzemonat Juli machten ihn zum heissesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Dazu kam der alarmierende IPCC-Bericht, mit der Nachricht, dass wir auf bestem Weg sind, bereits 2030 die 1,5 Grad-Grenze zu überschreiten. Auch an der Klimakonferenz im November waren sich alle einig, dass wir schnell handeln müssen. In der Schweizer Gesetzgebung gibt es bereits gute Absichten in Bezug auf Nachhaltigkeit und den Schutz unserer Lebensgrundlagen. So spricht zum Beispiel der Nachhaltigkeitsartikel (Art. 73) von einem «ausgewogenen Verhältnis zwischen der Natur (...) und ihrer Beanspruchung durch den Menschen», das angestrebt werden soll. Das wirft die Frage auf: Warum bewegen wir uns immer noch in die falsche Richtung? Warum rasen wir ohne Plan auf die Umweltkrisen zu? Was fehlt, ist die richtige Priorisierung: Der Schutz der Umwelt ist zwar grundsätzlich beabsichtigt, wird bei Zielkonflikten aber meist als «nice to have» betrachtet und hinter andere Ziele gestellt. So hat

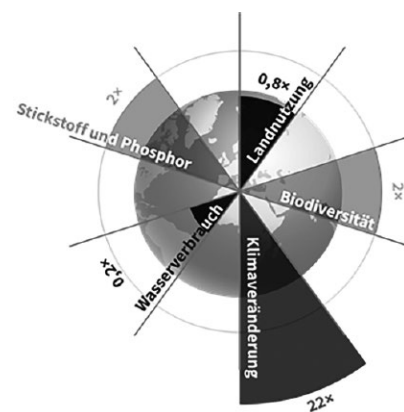
die Politik in der Schweiz das Wirtschaftswachstum und den Profit von Wenigen bislang über die langfristige Erhaltung unserer Lebensgrundlagen gestellt – auf Kosten der kommenden Generationen und des globalen Südens.

Umwelt als Rahmen der Wirtschaft

Unser Handeln und Wirtschaften in der Schweiz und global zerstört die Umwelt in einem Ausmass, das zu unumkehrbaren Schäden an den Ökosystemen der Erde führt. Diese Schäden greifen tief in die Struktur und Identität unserer Gesellschaften ein und beschädigen die Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen. Die Welt wird sich grundlegend verändern, entweder in Folge der Umweltkrisen oder durch deren Bewältigung. Hier setzt die Umweltverantwortungsinitiative an: Die Initiative will, dass der Erhalt unserer Lebensgrundlagen zur Priorität wird und den Rahmen für die Wirtschaft bildet. Sie steht in der Bundesverfassung beim Rahmen der Wirtschaftsordnung (Art. 94a) und stellt Umweltschutz vor ewiges Wirtschaftswachstum und rücksichtsloses Profitstreben.

Die Schweiz soll so produzieren und importieren, dass nur so viele Ressourcen verbraucht und Schadstoffe freigesetzt werden, wie unsere Umwelt verkraftet. Dabei orientieren wir uns am wissenschaftlichen Konzept der planetaren Grenzen (Steffen et al., 2015). Dieses definiert für verschiedene Bereiche, wie viel Umweltbelastung die Erde aufnehmen kann. Verlassen wir diese Bereiche, bringen wir über Jahrtausende stabile Ökosysteme aus dem Gleichgewicht und gefährden unser Überleben. Sowohl global als auch in der Schweiz über-

schreiten wir fast alle planetaren Grenzen massiv – in der Schweiz im Bereich Überdüngung zweimal, beim Artensterben viermal und beim Klima beeindruckende 22-mal.



Als planetare Grenzen oder Belastungsgrenzen der Erde werden ökologische Grenzen der Erde bezeichnet, deren Überschreitung die Stabilität des Ökosystems und die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet.

Das konkrete Ziel der Umweltverantwortungsinitiative ist, dass die Schweiz ihre Umweltbelastung innerhalb von zehn Jahren so reduziert, dass wir die planetaren Grenzen einhalten. Die Umsetzung dieser Ziele muss im In- und Ausland sozialverträglich geschehen. Da ein Grossteil der Schweizer Umweltbelastung im Ausland geschieht, schliesst die Initiative Importe mit ein. Sowohl die klaren Zielwerte für die Umweltbelastung wie auch die Frist zur Erreichung dieser Ziele sind notwendig, um ein weiteres Hinauszögern griffiger Massnahmen zu verhindern. Es ist aber auch klar, dass sich zur Erreichung dieser Ziele die Art, wie wir wirtschaften, grundlegend verändern muss.

Ziel der Wirtschaft

Unsere gesamte Wirtschaft und Gesellschaft sind auf stetiges materielles Wachstum ausgelegt. Mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) messen wir unseren «Wohlstand» anhand der



Eine grosse Aufgabe wartet auf uns, um auch zukünftigen Generationen ein würdiges Leben auf diesem Planeten zu ermöglichen.

Menge produzierter Güter und Dienstleistungen – je mehr, desto besser. Bis heute ist es nicht gelungen, materielles Wachstum vom Ressourcenverbrauch und der Umweltbelastung zu entkoppeln. Ressourceneinsparungen durch Effizienzsteigerungen oder Innovation werden durch Mehrproduktion und -verbrauch sofort wieder zunichte gemacht. Anstatt die technologischen Fortschritte für ein gutes Leben für alle zu nutzen, bereichern sich vor allem einige Wenige an den Produktivitätsgewinnen. Dabei hat sich gezeigt, dass das Wohlbefinden der Menschen in westlichen Ländern seit den 1990er Jahren trotz – oder gerade wegen – steigendem Konsum und Wirtschaftswachstum nicht mehr zugenommen hat. Wird weniger konsumiert oder produziert, hat dies den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Darum trauen wir uns nicht, aus dem Hamsterrad auszusteigen und uns zu fragen: Was bringt es uns, jedes Jahr mehr Güter zu produzieren?

Ist es möglich, ewig zu wachsen, ohne unsere gesamte Lebensgrundlage zu zerstören? Die Antwort darauf lautet: Nein. Deswegen müssen wir die

Grundlagen des Systems so ändern, dass Wirtschaftswachstum nicht mehr die Voraussetzung für Wohlstand und Fortschritt ist. So müssen wir uns nicht mehr am Wachstum orientieren. Konkret heisst das: Wir brauchen einen besseren Indikator für die Messung unseres Wohlstandes als das BIP, der ins Zentrum stellt, wie es den Menschen geht und wie stark wir unsere Lebensgrundlagen beanspruchen. Wir müssen die Wachstumszwänge unseres Systems, wie in der Altersvorsorge, überwinden. Und wir müssen Wohlstand endlich so verteilen, dass alle Menschen weltweit vom enormen technologischen Fortschritt der letzten Jahrzehnte profitieren können. Nur wenn wir unsere Wirtschaft umdenken, können wir die planetaren Grenzen einhalten.

Umweltverantwortung jetzt

Wenn wir jetzt nicht Umweltverantwortung übernehmen, sind die Folgen weitaus dramatischer als ein Blüemli weniger im Botanik-Buch und etwas kleinere Gletscher. Wenn wir es in den nächsten Jahren nicht schaffen, die planetaren Grenzen einzuhalten,

dann werden Städte überflutet, Ressourcenkriege brechen aus und das aktuelle sechste Massenaussterben verschlimmert sich noch weiter. Es ist jetzt Zeit zu handeln. Die Einhaltung der planetaren Grenzen ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch eine grosse Chance für uns alle. Durch ein Leben im Einklang mit der Umwelt erhalten wir eine intakte Natur, mehr Zeit, gesunde Lebensmittel und zukunftsfähige Jobs. Mit der Umweltverantwortungsinitiative kann die Schweiz ihren Beitrag dazu leisten, allen Menschen, auch zukünftigen Generationen, ein würdiges Leben auf diesem Planeten zu ermöglichen. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft auf unserem einzigen Planeten. Wir sind voller Tatendrang und darum frage ich dich ganz direkt: «Häsch du d'Umweltverantwortungsinitiative scho unterschriebe?». Das ist jetzt gleich möglich unter umweltverantwortung.ch.



«Dä Sand rislet abe – häsch du scho unterschriebe?»

P.S. Das Einzige, was mir gegen die Frustration nach einer gescheiterten Klimakonferenz und verlorenen Abstimmungen hilft, ist, mich aktiv für Umweltverantwortung zu engagieren. Vielleicht geht es dir ja genauso. Wir freuen uns über jede Unterstützung! ■

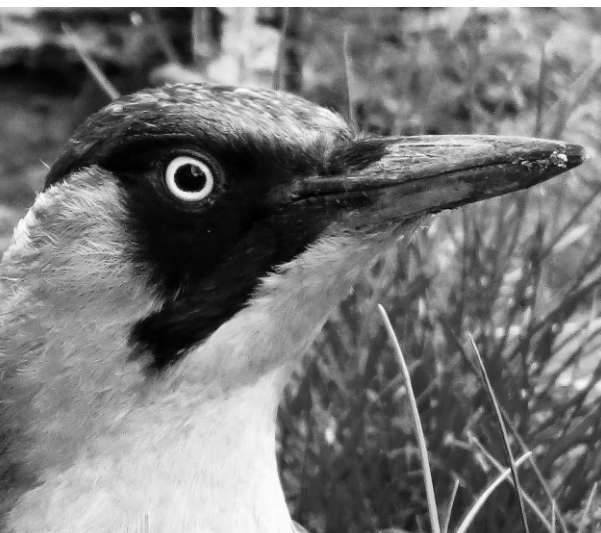
Propaganda der Spaltung

Grünspecht - ein kritischer Vogel

16

Moderne Gesellschaften sind vielfältig: Geschlecht, Herkunft, Arbeit, Kultur, Lebensstil, Religion, politische Meinungen sind Faktoren (es gibt noch unzählige mehr), die jeden Menschen einzigartig werden lassen. Doch bei allen Unterschieden: Der Kampfbegriff der «gespaltenen Gesellschaft» für die Schweiz ist neu.

Der Grünspecht hat sich köstlich amüsiert, als vor einigen Wochen Andreas Thiel und Marco Rima bekanntgaben, aus Protest gegen die Corona-Massnahmen, insbesondere



gegen die Zertifikatspflicht, nicht mehr öffentlich aufzutreten. «Ich lasse mich nicht erpressen», so der Titel in der Zuger Zeitung zum Interview mit Andreas Thiel. Mit anderen Worten: Vernünftige Gesundheitsmassnahmen werden als Erpressung gebrandmarkt. Das passt bestens ins SVP-Narrativ der Spaltung der Gesellschaft, des allmächtigen Bundesrates, des Loblieds auf die Querulanten, der freiheitsliebenden Trychler und der bösen Städte.

Nazi-Vergleich aus dem Wallis

Bundesrat Alain Berset wird als Diktator bezeichnet. Falsch, aber so polemisiert die SVP seit Jahrzehnten. Oskar Freysinger, ehemals Staatsrat und Nationalrat, macht nun einen Vergleich nicht nur jenseits des guten

Geschmacks. Der Walliser greift zur Nazi-Keule und vergleicht das Covid-Gesetz mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933, in dem der Reichstag Adolf Hitler nahezu unbeschränkte Vollmachten übertrug: «Das deutsche Parlament hat anno 1933 die falsche Entscheidung getroffen und einer massiven Einschränkung der Grundrechte zugestimmt.»

Dem Gesetz zugestimmt haben NSDAP und die bürgerlichen Parteien; die anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen, weitere Abgeordnete der SPD und der KPD waren inhaftiert oder waren untergetaucht. Die falsche Entscheidung haben in Tat und Wahrheit die rechten und die ihr nahestehenden bürgerlichen Parteien getroffen. Opfer werden zu Tätern, Täter zu Opfern. Am Beispiel Freysinger lässt sich analysieren, wie rechte und rechtsextreme Propaganda funktioniert: Zuerst werden die Fakten verdreht. Es werden Analogien zu historischen Ereignissen gezogen, welche die realen Begebenheiten verneinen. Klare «fake-news», die auch durch die permanente Wiederholung in abgeschotteten Blasen in den sozialen Medien ihren lügnerischen Charakter nicht verlieren. Zum zweiten gehört es zum System der rechtsextremen Propaganda, dass man immer noch ein Scheit drauflegen und an der Provokationsschraube drehen muss. Ein Beispiel dafür: An einer Demonstration in Bern gegen das Covid-Gesetz forderte ein Teilnehmer «Nürnberger Prozesse für unsere Regierung».

Unsägliche Stadt-Land-Kampagne

Als neues Kampffeld hat die SVP-Leitung um Chiesa, Aeschi, Matter und Co. die Unterschiede zwischen

Stadt und Land entdeckt. Man spricht von «links-grünen Schmarotzer-Städten», welche das «Land abzocken». «Gaga» denkt der Grünspecht. Bei Flügen über die Schweiz und beim Austausch mit anderen Spechten ist eines nämlich klar zu erkennen. Es gibt in unserem Land vor allem die Agglomeration. Das reine Land ist eine Illusion. Der Gedanke entspringt dem Wunsch «zurück in die Vergangenheit» und «zurück in die heile Welt», welche die Millionäre in der SVP mit ihrer Steuerdumping-Politik schon selber zerstört haben.

Angeprangert wird die «rot-grüne Politik» in den Städten. Dumm nur für die SVP, dass diese auch so bösen Männer und Frauen von der Bevölkerung demokratisch gewählt wurden. Eben weil sie die Anliegen und Themen der urban-denkenden Bevölkerung in den Städten und Agglomerationen aufnehmen und konkrete Ideen und Lösungen haben, was man von der SVP mit ihrem Prinzip «Bashing» nicht behaupten kann. Wer am städtischen Volk vorbeipolitisiert, kann nicht dem Volk die Schuld für den Misserfolg geben.

Der Grünspecht zieht seine Schlüsse: Eine Partei, welche die Schweiz spaltet und Nazi-Vergleichen nicht ernsthaft gegenübertritt, hat in verantwortungsvollen Positionen nichts zu suchen. Die Wählerinnen und Wähler können die richtige Antwort geben.

PS: Der Beitrag wurde vor der Abstimmung vom 28. November verfasst. ■

Unethische schwarze Listen

Manuela Weichelt, Nationalrätin

Der Kanton Zug ist einer von fünf Kantonen, die eine schwarze Liste für säumige Krankenkassenprämienzahler haben. Der Bundesrat, die Mehrheit der Kantone, santésuisse und die Minderheit der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit möchten diese Listen abschaffen. Sie funktionieren nicht. Weiter sollen Kinder für die nichtbezahlten Krankenkassenprämien ihrer Eltern nicht mehr haftbar gemacht werden und nicht auf den schwarzen Listen erscheinen dürfen.

Gemäss Krankenversicherungsgesetz können die Kantone seit 2010 versicherte Personen, die ihrer Prämienpflicht trotz Betreibung nicht nachkommen, auf einer Liste erfassen, welche nur den Leistungserbringern, der Gemeinde und dem Kanton zugänglich ist. Die Krankenkassen schieben für diese Versicherten die Übernahme der Kosten für Leistungen mit Ausnahme der Notfallbehandlungen auf und erstatten dem Kanton Meldung.

Graubünden verzichtet seit dem tragischen Tod eines Mannes, dem die Krankenversicherung die Finanzierung der notwendigen Medikamente verweigert hatte, auf die schwarze Liste. In der Regel ist es nicht so, dass eine Zahlungsunwilligkeit besteht, sondern meist eine Zahlungsunfähigkeit. So leben beispielsweise auch Menschen mit Behinderungen oft in sehr engen finanziellen Verhältnissen. Es kann daher durchaus einmal vorkommen, dass sie ihrer Krankenkassenprämien und ihre Kostenbeteiligung nicht oder eben nicht rechtzeitig begleichen können.

In den Kantonen mit schwarzen Listen werden etwa 30 000 Personen mit Leistungssperre belegt. Genaue Zahlen können die Versicherer nicht angeben. Leistungssperren sind nicht nur für das Individuum eine Gefahr, sondern auch für die öffentliche Gesundheit. Bei Infektionskrankheiten kann ein eingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung zu einer Weiterverbreitung von Erkrankungen führen, was nicht akzeptierbar ist.



Die Ungleichbehandlung zwischen den Kantonen mit und ohne schwarze Listen ist nicht akzeptierbar.

Zudem legen die fünf Kantone die Notfallbehandlung verschieden aus und die Definition ist nicht transparent. Die Ungleichbehandlung zu den anderen 21 Kantonen ohne schwarze Listen ist nicht akzeptierbar. Zusammen mit einer Minderheit habe ich den Antrag für die Wintersession gestellt, dass die schwarzen Listen überall abgeschafft werden müssen, auch im Kanton Zug.

Keine Bestrafung von Jugendlichen

Gemäss Rechtsprechung besteht eine selbstständige Prämienpflicht des Kindes. Aufgrund der Unterhalts-

pflicht müssen die Eltern die Prämien für die Kinder bezahlen. Schuldner der Prämien bleibt jedoch das Kind. Dies führt dazu, dass Kinder bei Erreichen der Volljährigkeit ohne eigenes Verschulden einen Schuldenberg haben, wenn die Eltern es versäumt haben, die Prämienrechnung für ihre Kinder zu begleichen.

Fachstellen für Schuldenberatung sind immer wieder mit der Situation konfrontiert, dass Kinder bei Erreichung der Volljährigkeit betrieben werden, weil deren Eltern die Prämien nicht bezahlt haben. Die betroffenen jungen Erwachsenen werden dadurch beim Start in die Selbstständigkeit stark behindert. Sie müssen ihr kleines Einkommen dafür aufwenden, um Schulden abzutragen, die sie nicht verursacht haben. Der Einstieg in das Berufsleben der jungen Erwachsenen kann durch einen Betreibungsregistereintrag erheblich erschwert werden.

Das heisst, die Krankenkassen bezahlen auch für Kinder keine medizinischen Behandlungen mehr, ausser in Notfällen. Die Unesco bezeichnet das Recht auf bestmögliche medizinische Behandlung als ein fundamentales Recht für Kinder. Alle Kinder in der Schweiz sollten denselben Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten und sich bestmöglich entwickeln können, unabhängig von ihrer Herkunft und dem sozioökonomischen Hintergrund ihrer Eltern. Die Chancen stehen gut, dass dies nun geändert wird. Mit einer Minderheit habe ich den Antrag eingereicht, dass auch Volljährigen in Ausbildung bei bestehender Unterhaltspflicht der Eltern, die Schulden der Eltern nicht mehr auferlegt und sie nicht mehr betrieben werden dürfen. Der Nationalrat wird in der Wintersession darüber entscheiden. ■

Hand in Hand

Redaktion BULLETIN

18

Die Erde wird immer wärmer. Verantwortlich dafür ist der Mensch, der den natürlichen Treibhauseffekt verstärkt. Der Klimawandel lässt sich mittlerweile auf globaler Ebene sogar aus den täglichen Wetterdaten herauslesen. Weltweit gilt er heute nach Veränderungen der Landnutzung und Ausbeutung – etwa von Fischbeständen – als die drittstärkste Ursache für den Rückgang der Biodiversität. Umgekehrt sind Erhaltung und Wiederherstellung funktionierender Ökosysteme mit ihrer reichen biologischen Vielfalt zentrale Massnahmen gegen den Klimawandel und zur Anpassung an diesen. Biodiversitäts- und Klimaschutz gehen Hand in Hand. Der Artikel entstand auf Basis mehrerer Artikel der Zeitschrift HOTSPOT des Forums Biodiversität Schweiz, insbesondere des Textes von Daniela Pauli und Gregor Klaus (siehe Infokasten).

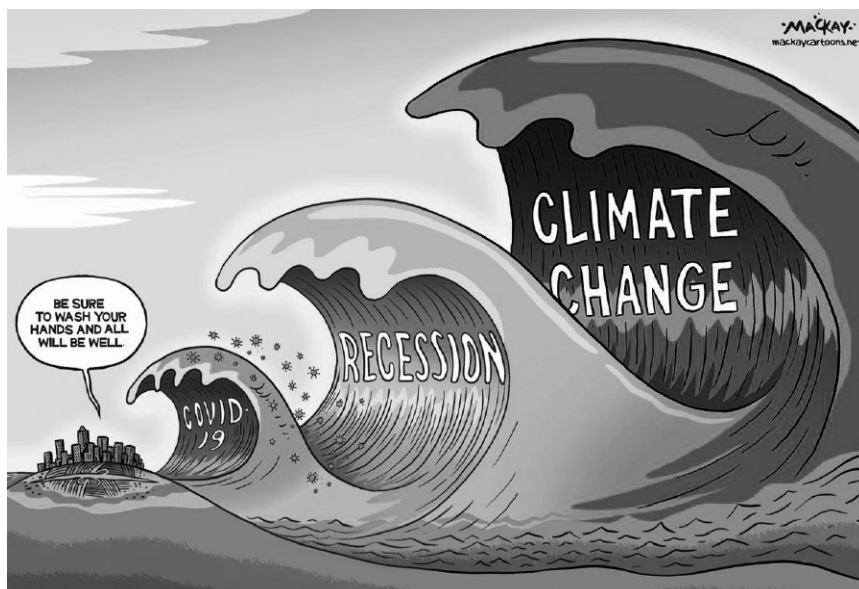
In Mitteleuropa besonders markant sind die immer häufiger auftretenden Hitzewellen im Sommer, die alle Regionen und Sektoren betreffen, vom Gesundheitswesen bis zum Gütertransport auf dem Rhein. Solche Verhältnisse dürften in Zukunft zur Norm werden und sich sogar verstärken. Der Klimawandel setzt die eh schon gebeutelte Biodiversität zusätzlich unter Druck. Vor allem für spezialisierte und bedrohte Arten verschlechtern sich die Lebensbedingungen, was zu schrumpfenden Verbreitungsgebieten führt. Der Weltbiodiversitätsrat IPBES geht davon aus, dass die Auswirkungen des Klimawandels

auf die Biodiversität an Land und in Süßwasserökosystemen vorwiegend negativ sind und mit jeder weiteren Erwärmung zunehmen werden. Immer mehr Studien und auch die nationalen Monitoringprogramme zur Biodiversität dokumentieren bereits Veränderungen bei der Verbreitung von Arten. Man kann z.B. nachweisen, dass wärmeliebende Arten zugelegt haben, hingegen kälteliebende Arten des Hochgebirges wie z.B. der Gletscherfalter auf dem Rückzug sind. Durch die Klimaerwärmung dehnen tendenziell diejenigen Arten ihr Verbreitungsgebiet aus, die höhere Temperaturen bevorzugen, während

Arten, die an tiefe Temperaturen angepasst sind, zurückgehen. Eine solche Entwicklung wird – wenn immer mehr alpine Spezialisten durch häufigere Tieflandarten ersetzt werden – zu einer Vereinheitlichung und somit Verarmung der Artengemeinschaften führen. Weil nicht alle Arten im gleichen Rhythmus reagieren, sind ganze Nahrungsnetze bedroht.

Die Rolle der Biodiversität für das Klima

Die Beziehung zwischen dem Klima und der Biodiversität ist keineswegs einseitig. Biodiversität und Ökosysteme sind nämlich wichtige Regulatoren des Klimas. So sind Ozeane, Feuchtgebiete und vielfältige Wälder gewaltige Kohlenstoffspeicher: Weltweit absorbieren sie etwa die Hälfte der von Menschen verursachten CO₂-Emissionen. Eine sinkende Biodiversität und eine anhaltende Schädigung von Ökosystemen schwächen ihre Leistungsfähigkeit. Ökosysteme sollten deshalb in ihrer heutigen Ausdehnung und Qualität erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden, damit sie das tun können, was sie seit Jahrmillionen tun: Kohlenstoff binden und lagern. Die Vermeidung von Abholzung, Torfbrand und Mangrovenzerstörung könnte in Kombination mit nachhaltigen Nutzungen und Renaturierungen bis zu 30 Prozent der Reduktion der CO₂-Emissionen ausmachen, die nötig ist, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Das Potenzial von Renaturierungen ist übrigens gewaltig. Würden 15 Prozent der weltweit degradierten Flächen wiederhergestellt, könnten einerseits das erwartete Artensterben um 60 Prozent reduziert und andererseits 300 Gigatonnen CO₂ aufgenommen werden, was 30 Prozent des gesamten CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre seit der industriellen Revolution ausmacht. Funktionierende Ökosysteme sind wichtige Helfer beim Kampf gegen den Klimawandel. Natürliche Ökosysteme bieten aber noch viele andere



Vorteile im Klimawandel, indem sie Puffer gegen extreme Wetterereignisse darstellen. Beispielsweise schützen intakte Auen mit einem grossen Wasserrückhaltevermögen vor Hochwasser. Angesichts der prognostizierten Starkniederschläge wird diese Funktion an Bedeutung gewinnen. Vor allem in Städten sind Biodiversität und Ökosystemleistungen – etwa die Kühlung durch klug angelegte Grünräume, offene Wasserflächen und schattenspendende Bäume – für die Anpassung an den Klimawandel relevant.

«Nature-based solutions»

Die Weltbank hat all diesen Leistungen 2008 einen vielversprechenden Namen verliehen: «nature-based solutions for climate change mitigation and adaptation» (naturbasierte Lösungen für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel). Mit Hilfe dieses Ansatzes ist es möglich, Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Erhaltung der Biodiversität und nachhaltiges Ressourcenmanagement miteinander zu verbinden. Es ergeben sich spannende Synergien – beispielsweise, indem auf einem artenreich begrünten Flachdach mit seiner kühlenden Wirkung eine Fotovoltaikanlage platziert wird (Sutter 2020). Dank der Verdunstungskühle der Pflanzen können die Fotovoltaikmodule mehr Strom produzieren. Ökosystembasierte Konzepte sind oft kostengünstiger als technische Lösungen, effizienter und rascher umsetzbar. Ihr Potenzial muss aber vermehrt untersucht, systematisch gesammelt und bekannt gemacht werden, damit die Konzepte in möglichst viele Politiken und Strategien einfließen können. Doch Achtung: Scheinbar einfache Lösungen wie grossflächige Aufforstungen bringen wenig für die Bekämpfung des Klimawandels und können je nach Umsetzung der Biodiversität zugekommen – oder ihr schaden. Entscheidend ist hier beispielsweise die

Wahl des Standorts und der gepflanzten Baumarten. Solche Massnahmen müssen deshalb im lokalen Kontext sehr sorgfältig geplant werden, damit sie nicht in Konflikt geraten mit der Erhaltung der Biodiversität. Besser als Aufforsten ist auf alle Fälle das Erhalten bestehender Ökosysteme, besonders solcher, die viel Kohlenstoff gespeichert haben wie Moore, Mangroven und Wälder.

Grundlegender Wandel gefordert

Angesichts der riesigen Herausforderungen in der Klima- und der Biodiversitätskrise muss es das Ziel sein, optimale Synergien zwischen Biodiversitäts- und Klimaschutz zu erreichen, auch in der Landwirtschaft. Dafür ist eine bessere Abstimmung internationaler Rahmenabkommen wie Klima- und Biodiversitätskonvention, aber auch der nationalen Politikinstrumente nötig. Gefordert ist auch die Forschung. Sie muss die Interaktionen zwischen Biodiversität und Klima vertieft untersuchen und das Wissen weitergeben. Zudem sind themenübergreifende inter- und transdisziplinäre Forschungsprogramme zu fördern, in welche auch die Praxis aus allen Sektoren einbezogen wird. «Nature-based solutions» dürfen aber nicht von der mit Abstand wichtigsten Massnahme für beide Bereiche ablenken: der massiven Reduktion des Ausstosses an CO₂. Im Zentrum steht dabei die Abkehr von fossilen Brennstoffen. Selbstverständlich dürfen entsprechende Aktivitäten nicht zu neuen Problemen für die Umwelt führen – etwa durch Monokulturen für den Anbau von Agrotreibstoffen, der Biodiversität schädigt und in Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion steht. Der Weltklimarat IPCC und der Weltbiodiversitätsrat IPBES plädieren beide für einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einem guten Leben mit einem generell deutlich geringeren Verbrauch (und Verschleiss) an Ressourcen. ■



HOTSPOT – Zeitschrift des Forums Biodiversität Schweiz.

Weltbiodiversitätsrat IPBES

Die Plattform IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services), auch Weltbiodiversitätsrat genannt, ist ein zwischenstaatliches Organ, das 2012 im Rahmen der Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde. Die IPBES verfolgt das Ziel, der Politik und der Gesellschaft fundierte wissenschaftliche Informationen über Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Derzeit sind 136 Staaten Mitglied der IPBES, darunter die Schweiz. ipbes.net

HOTSPOT

HOTSPOT – Zeitschrift des Forums Biodiversität Schweiz Nr. 43 /2021
Herausgegeben von der Akademie der Naturwissenschaften SCNAT
biodiversity.scnat.ch/publications

Vernetzt

Sibel Arslan, Co-Koordinatorin Netzwerk grüne Frauen und Nationalrätin BS

20

Wir GRÜNE sind die Avantgarde der Gleichstellung. Wir machen uns seit unserer Gründung für konsequente Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung stark und setzen diese auch innerhalb der Partei um. Deshalb gründeten wir auch ein Netzwerk für den Austausch unter grünen Frauen. Was das bringt und was das Netzwerk grüne Frauen macht, ist in diesem Artikel nachzulesen.



Wir sind gekommen, um zu bleiben.



Die Grünen Frauen geben der Gleichstellung Schub!

Für uns GRÜNE ist die Gleichstellung von Mann und Frau eine Grundvoraussetzung für eine vielfältige und gerechte Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie. Leider ist sie aber noch immer nicht erreicht – und das, obwohl sie seit 1981 in der Verfassung verankert und seit 1996 im Gleichstellungsgesetz festgeschrieben ist. Dieser Missstand schwächt die ganze Gesellschaft. Für uns ist klar: Es braucht jetzt endlich gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Faire Renten. Konsequenteren Massnahmen gegen Gewalt, gegen Sexismus, gegen Mobbing und gegen Mehrfachdiskriminierung. Damit all dies gelingt, braucht es auch mehr Frauen in der Politik – und dafür braucht es uns GRÜNE.

GRÜN geht nur gleichberechtigt

Gleichstellung ist bei uns GRÜNEN Programm. GRÜN geht nur gleichberechtigt. Und so ist es kein Wunder, dass wir mit Monica Zingg 1985 als erste nationale Partei eine Präsidentin hatten. Es ist auch kein Zufall, dass wir die jüngste und weiblichste Bundeshausfraktion stellen. Und es ist ebenfalls uns GRÜNEN zu verdanken, dass auch der Ständerat endlich jünger und weiblicher geworden ist. Die grünen Frauen im Ständerat machen einen Drittel aller Ständerätinnen aus. Es ist auch kein Zufall, dass grüne Männer den Frauen eine Stimme geben.

Wir GRÜNE geben der Gleichstellung Schub! Um die Gleichstellung noch stärker voranzutreiben, brauchen grüne Frauen mehr Vernetzung und mehr Austausch untereinander. Dafür gründeten wir vor zwei Jahren das Netzwerk grüne Frauen.

Netzwerk grüne Frauen: Für Vernetzung und Einstieg in die Politik

Ergänzend zur grünen Arbeitsgruppe «Geschlechtergerechtigkeit» stärkt das Netzwerk grüne Frauen die Zusammenarbeit unter den grünen Frauen aus allen Landesteilen und soll speziell den jungen Frauen den Einstieg



In der Diskussion stärken wir die Argumente der jungen Politikerinnen und erarbeiten Lösungen.

in die Politik erleichtern. Dafür treffen wir uns an Vernetzungstreffen und tauschen uns über unsere Anliegen und geeignete Lösungsansätze aus. Zudem wollen wir mit dem Netzwerk grüne Frauen den grünen Gleichstellungsforderungen mehr Sichtbarkeit und Tragweite verleihen, indem wir uns beispielsweise an Kundgebungen treffen, uns für Kampagnenmassnahmen koordinieren und als Netzwerk auf den sozialen Medien präsent sind.

Rückblick aufs Treffen der grünen Frauen in Bern im Oktober

Im Oktober traf sich das Netzwerk grüne Frauen in Bern. Am Treffen gingen wir folgenden Fragen nach: Was muss geschehen, damit Hassreden und Gewalt in der Politik eingedämmt werden können? Wie können wir die Position der Frauen in der Politik stärken? Dabei wurde klar: Wir brauchen gegenseitige Unterstützung, Ausdauer und spezifische Programme zur Frauenförderung. In der Diskussion wurde auch spürbar – ein grosser Motivationsschub für alle Beteiligten: Wir kommen vorwärts. Wir werden mehr. Wir stärken die Gleichstellungsforderungen auf allen Ebenen – kommunal, kantonale, national und in der Bewegung. Und: Die Frauen in der Politik, sie sind gekommen, um zu bleiben!

Als Co-Koordinatorinnen des Netzwerks grüne Frauen würden wir uns freuen, dich ebenfalls bei uns willkommen zu heissen. Auf bald! ■

Mache mit!

Wir GRÜNE werden so lange mit gutem Beispiel vorangehen, bis die Gleichstellung endlich Realität ist. Engagiere dich mit uns: Gemeinsam erhöhen wir den Druck!

Melde dich jetzt fürs Netzwerk grüne Frauen an und sei dabei an unserem nächsten Treffen.

- www.gruene.ch/netzwerk-gruene-frauen

Folge uns grünen Frauen auf Social Media!

- www.twitter.com/GrueneCH
- www.facebook.com/groups/871989370316021

Du bist schon Mitglied im Netzwerk? Dann vernetze dich mit den grünen Frauen auf der Chatplattform der GRÜNEN.

- www.chat.gruene.ch/group/netzwerk-gruene-frauen-reseau-femmes-vertes

Du hast Lust, uns GRÜNE mit deinem Gender- oder Gleichstellungs-Knowhow inhaltlich zu unterstützen? Dann melde dich bei unserer Fachsekretärin Rahel Estermann (rahel.estermann@gruene.ch) an, um in der grünen Arbeitsgruppe Gendergerechtigkeit mitzuarbeiten.

Noch Fragen zum Netzwerk? Bitte kontaktiere:

Giulia Schneitter, Verantwortliche Netzwerk grüne Frauen
giulia.schneitter@gruene.ch

Wachstum und Ressourcen

Luzian Franzini, Kantonsrat

22

Viel wird aktuell über die durch die Art und Weise unseres Wirtschaftens entstandenen Probleme diskutiert. Wie aber entstand dieses Wirtschaftssystem?

Auch wenn sich Wirtschaftshistoriker nicht vollständig einig sind, steht folgendes fest: Über Jahrtausende wuchs die Bevölkerung nur langsam, weil eine nur geringe Innovationsdynamik die Produktivität niedrig hielt und die Menschen daher nicht in der Lage waren, eine deutlich wachsende Bevölkerung zu ernähren. Es gab natürlich eine gewisse Art von technischem Fortschritt, dies vor allem in den Hochkulturen wie dem Chinesischen Kaiserreich, den Mayas in Südamerika oder im Römischen Reich. Im ersten Jahrtausend unserer Zeitrechnung wuchs die gesamte Weltbevölkerung jedoch nur um 17 Prozent. Die Produktivität, also das Mass an Gütern, welche pro Kopf produziert werden können, stagnierte jedoch oder sank über die Jahre in gewissen Regionen sogar. Zwischen 1000 und 1800 vervierfachte sich die Weltbevölkerung und die Produktivität stieg um 50 Prozent. Trotzdem lebte ein einfacher chinesischer Arbeiter im Jahr 2000 nicht besser als im Jahr 1200 nach Christus, da die Weltbevölkerung in der sogenannten «malthusianischen Falle» gefangen war.

Die «malthusianische Falle»

Diese Theorie aus dem Ende des 18. Jahrhunderts geht auf den Denker Thomas Malthus zurück. Dieser prophezeite, dass sich die Bevölkerung immer mit einer schnelleren Rate vermehren werde als die Nahrungsmittelversorgung. Deshalb könne die Menschheit auf lange Sicht und trotz möglicher Produktivitätsgewinne in der Industrie aus dieser Falle nicht entkommen.

Seine pessimistische Annahme bewahrheitete sich jedoch nicht. Vom britischen Reich ausgehend, welches dank des räuberischen Imperialismus über riesige Ressourcen

verfügte, und dank einer sinkenden Geburtenrate folgte eine beispiellose Zeit wirtschaftlichen Wachstums, Fortschrittes und neuer Technologien. Dampfmaschinen verbreiteten sich immer mehr und bald brummt auch die ersten Verbrennungsmotoren. Was danach folgte, war die Entstehung unseres modernen und globalisierten Wirtschaftssystems. Zwischen 1820 und 2000 explodierte das Bruttowelt-



Mit der Industrialisierung nahm auch der Ressourcenverbrauch massiv zu. Die Tendenz ist noch immer steigend.

produkt auf das Achtfache. Auf die erste industrielle Revolution folgte die zweite mit der Erfindung und verbreiteten Nutzung der Elektrizität. Die «dritte Revolution» brachte die Automatisierung und die Atomenergie. In der «vierten industriellen Revolution» mit der Digitalisierung vieler Lebens- und Wirtschaftsbereiche sowie «künstlicher Intelligenz (AI)» befinden wir uns laut einigen Wirtschaftswissenschaftlern gerade.

Unterschiedliche Wirtschaftssysteme
Theorien, weshalb ein Wirtschaftssystem sich in ständigem Wachstum

befindet, gibt es viele. Karl Marx war der erste Ökonom, welcher sich mit dem Wachstumszwang beschäftigte. Laut ihm zwingt der Marktmechanismus den Kapitalisten zu progressiver Akkumulation. Um sein Kapital zu erhalten, muss er es fortwährend vermehren. Aus demokratiepolitischer Perspektive gibt es zudem einen «politischen Wachstumszwang», da viele Länder nur stabil bleiben, wenn sie eine Steigerung des Bruttoinlandproduktes erzielen.

In der neoklassischen «Mainstream-Ökonomie» gibt es hingegen keinen Wachstumszwang, da davon aus-

gegangen wird, dass in einem perfekten Wettbewerb ein Gleichgewicht von Firmen besteht, welche allesamt keinen Gewinn erwirtschaften. Im perfekten Wettbewerb gibt es keine zusätzlichen Unternehmen mehr, welche in den Markt eintreten. Kapitalrendite, Löhne und weitere Kosten entsprechen in dieser Theorie ihrem marginalen Wert.

Fest steht auf jeden Fall etwas: Trotz der sehr ungleichen Verteilung dieses Wachstums auf fast ausschliesslich «westliche» Staaten brachte das Wachstum eine massive Reduktion der Armut und eine höhere Lebens-



Die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen Schweiz fordert, dass die Schweizer Wirtschaft künftig die planetaren Grenzen einhält.

erwartung. Noch immer lebten jedoch im Jahr 2017 689 Millionen Menschen in extremer Armut (weniger als 1,90 Dollar pro Tag). Die Covid-Pandemie hat nun laut UNO-Schätzungen zusätzlich 122 Millionen Menschen in die extreme Armut gebracht. Nebst der Ungleichheit ist der massive Ressourcenverbrauch die entscheidende Kehrseite der Medaille. Seit 1970 verbraucht die Weltwirtschaft jährlich mehr Ressourcen als regeneriert werden kann. Der massive CO₂-Anstieg und der Raubbau an allen Ressourcen haben das globale Ökosystem an den Rand des Kollapses gebracht. Die Biodiversität nimmt ab, die Ressourcen schwinden. Trotz effizienteren Motoren, Prozessen, Recyclingmethoden und vielen weiteren Innovationen konnte in der gesamten Menschheitsgeschichte Wirtschaftswachstum noch nie vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Der sogenannte «Rebound-Effekt» führt dazu, dass eine effizientere Nutzung von Ressourcen durch Mehrverbrauch sofort wieder aufgefressen wird. Fehlanreize in unserem Wirtschaftssystem verleiten gewisse Unternehmen zudem dazu, ihre Produkte – vor allem technische Geräte, Kleider etc. – absichtlich

kurzlebig zu bauen, damit der Absatz gesteigert werden kann. So steigt die Ressourcenverschwendung weiter.

Neue Wege

Die erhoffte absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist bis heute ein Wunschtraum geblieben. Ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem erreichen wir nur, wenn es eine demokratische Neuorientierung unserer Wirtschaft gibt. Dazu brau-

chen wir die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen, weil es nicht realistisch und verantwortungsbewusst ist, auf die Entdeckung neuer Energieträger zu setzen oder auf die Besiedlung von Mond und Mars zu vertrauen. Die Schweiz hat nicht nur die finanziellen Möglichkeiten, um hierbei eine Pionierrolle einzunehmen, unser massiver Ressourcenverbrauch der letzten Jahrzehnte verpflichtet uns auch dazu. ■



Mitschuldig für den massiven Ressourcenverbrauch ist u. a. der geplante Verschleiss. So wird die Laufdauer von gewissen Elektrogeräten durch die Hersteller absichtlich verkürzt.



24

In letzter Zeit fallen immer wieder bestimmte Wörter auf, neue Wörter, missbrauchte Wörter, endlos zusammengesetzte Wörter. Wörter, welche Fragen aufwerfen. Hier ein paar Beispiele:

Die Schweiz hat im Oktober mit Georgien ein bilaterales Abkommen unterzeichnet, «das dem Klimaschutz dient». Ähnliche Abkommen gibt es bereits mit Peru, Ghana und Senegal. Sie erlauben es der Schweiz, **Emissionsverminderungen** in diesen Ländern an ihr Reduktionsziel anzurechnen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga betonte: «Mit diesen Verträgen haben wir für internationale Klimaprojekte einen Standard geschaffen, der die Menschenrechte und die Natur respektiert.» Ich nenne das **Ablasshandel!** ■

Was wird **COP26 Glasgow** liefern? Wohl tausende Seiten mit wenig konkreten Massnahmen. Der Kanton Zug steht in der Pole-Position, wenn es um das kürzeste und sparsamste Klimapapier geht: 16 Seiten (Luzern 170 Seiten). Trotzdem: Sparen Sie Papier, drucken Sie den Zuger Klimaplan nicht aus. ■

An der nationalen **Bevölkerungsschutzkonferenz** 2021 ging es um die Herausforderungen für den Bevölkerungsschutz im Zusammenhang mit dem Klimawandel im Alpenraum. Dass sich der Alpenraum aufgrund des Klimawandels etwa doppelt so stark erwärmt wie im globalen Mittel, wurde erwähnt, war aber kein Thema. Beim Thema Prävention wurde ausschliesslich auf (technische) Vorsorgemassnahmen fokussiert. Übrigens, die Fachkonferenz zu «10 Jahre Fukushima» stand unter der Leitung des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorates (ENSI). ■

Da es für AKW keine **Laufzeitbeschränkung** gibt, dürfen sie gesetzlich so lange in Betrieb bleiben, «wie sie sicher sind». Und wer sagt, ob sie sicher sind? Das ENSI. Eine Studie, welche die Sicherheit des Kernkraftwerks Leibstadt (KKL) überprüfen sollte, zeigt: Laut Expertenmeinung erfüllt das KKL die aktuell geltenden internationalen Sicherheitsstandards nicht. Verschiedene Sicherheitssysteme im Kraftwerk erfüllen Anforderungen hinsichtlich Redundanz und Diversität nicht. Das gestaffelte Sicherheitskonzept im AKW kann nicht konsequent sichergestellt werden. Das AKW ist ausserdem nicht vollständig

gegen den Absturz eines heute üblichen Flugzeugtyps geschützt. Und das KKL bezieht Kernschmelzszenarien nicht in die Sicherheitsbewertung ein. Schluck. Das Gegenteil von Laufzeitbeschränkung nennt man **Laufzeitverlängerung**. In die gleiche Kerbe schlägt die Axpo. Die Stromlücke sei nur so zu meistern. ■

«Ausgelöst durch eine **Instandsetzungsmassnahme**» kam es anfangs November in Gösgen zu einer automatischen Abschaltung des AKW. Die Anlage in Gösgen wurde vor über 50 Jahren entwickelt (Baubeginn 1973, kommerzieller Betrieb ab 1979). Wer spricht da noch von Laufzeitverlängerung? ■

So viele weder in Medizin noch in Biochemie, Epidemiologie oder Krankenpflege ausgebildete Menschen verweigern Impfungen nicht nur, sondern erzählen wirre Geschichten über das Impfen. Sie könnten die Diskussionen auf einfache Weise abkürzen: Würden sie mir sagen, sie hätten Angst vor dem Pils, dann würde ich das ganz einfach respektieren. Corona hat es gut illustriert: **Eigenverantwortung** bringt uns nur bis zu einem bestimmten Punkt. Irgendwann braucht man auch verbindliche Regeln. Auch bei Klima-Massnahmen! ■

Im Zentrum der Stadt Zug staut sich der Verkehr auf den Strassen zu Stosszeiten. Ein Lotsendienst bei gewissen Fussgängerstreifen könnte Abhilfe schaffen, schlägt die SVP vor. Wie war das nochmals mit der **Eigenverantwortung**? ■

Wasserkraftwerke scheinen eigentlich harmlos und sauber zu sein. Leider hat man vor 50 Jahren an den Staumauern auch Korrosionsschutzfarbe eingesetzt, welche **Polychlorierte Biphenole** enthält. Genau das wird jetzt ausgeschwemmt in Bäche und Flüsse. Es tötet Fische und damit auch Greifvögel. ■

Noch 2018 wehrte sich die Zuger Regierung gegen eine wirksamere **Geldwäschereigesetzgebung**. Die ALG will nun in einer Interpellation vom Regierungsrat wissen, inwiefern die Pandora-Papers-Enthüllungen die Position verändern. Hunderte Politiker, Amtsträger, Firmenvorstände und Spitzensportler in aller Welt sollen jahrelang Finanzdienstleister genutzt haben, um ihre Vermögen und Wertgegenstände zu verstecken. In Zug auch? Ach so, haben wir nicht gewusst. ■

Diese Pilze sind weder giftig noch geniessbar, scheitern jedoch bei der Pilzkontrolle. Aber die Zuger Regierung bewilligt wieder **Heizpilze** für Gastrobetriebe. ■

Ja, für den **Luftpolizeidienst** braucht es ein paar Flugzeuge. Handlich, wendig, schnell. Sie brauchen aber weder Tarnkappe noch Bomben. Die F35 ist maximal ungeeignet für den Luftpolizeidienst. Sie ist eine Offensivwaffe, welche mit gigantischem Aufwand aus dem sicheren Hinterland operieren muss, und sie fliegt nur widerwillig, weil die Stealth-Eigenschaften einer vernünftigen Aerodynamik sehr abträglich sind. Und wer genau will jetzt diese Flugzeuge? FDP, SVP und die Schweizerische Offiziersgesellschaft? ■

In der Armee explodieren die **IT-Kosten**. Einmal mehr will jemand die eierlegende Wollmilchsau, die es auf dem Markt noch nicht gibt, darum entwickelt man alles (von Null auf) selbst. Teuer. ■

Mikrochips oder giftiges Graphenoxid in den Impfstoffen: Wenn es nicht stimmt, dann sollen die Wissenschaftler das eben **widerlegen!** Und solange die Thesen nicht eindeutig widerlegt sind, darf man sie doch wohl mit gutem Recht für wahr

halten und weiterverbreiten! Und umgekehrt? Was ohne Nachweis behauptet werden kann, kann auch ohne Nachweis verworfen werden? ■

Zertifikatspflicht für Studierende, nicht aber für Dozierende (Uni LU). Also Pflicht mit Ausnahmen. Nicht genug damit, dass der Bund zu wenig konsequent handelt, auf anderen Stufen ist das offenbar auch nötig. ■

Megabusse sind nicht etwa besonders grosse Busse für den ÖV, sondern eine Geldstrafe, welche eine Schweizer Bank wegen einer Korruptionsaffäre bezahlen muss. Es geht wohl um etwa 400 Millionen Dollar. Man stelle sich vor, was man damit an den Osteuropäischen Brennpunkten der Flüchtlingsströme leisten könnte. ■

Parkraummanagement als Schlüssel für die Gestaltung der Mobilität in Agglomerationen. Gemäss einer neuen Studie des Bundesamts für Raumentwicklung kann ein Parkraummanagement dazu beitragen, dass die Zentren weiterhin gut erreichbar sind. Mit Worten wie P+R-Anlagen, Verkehrsdrehscheiben, Leitsysteme werden Lösungen für den MIV skizziert. Immerhin wird auch das Zusammenspiel von Strasse und Schiene erwähnt. Weniger MIV ist definitiv kein Thema. ■

Der luxuriöse neue Musentempel (Zürcher Kunsthaus-Erweiterungsbau) ist ein **Betongrab** der historischen Verantwortung (REPUBLIK). Neue Räume für Ausstellungen, Museumsdidaktik und Präsentation der eigenen Sammlung etc. Vor allem aber Beherbergung der Sammlung der Bührle-Stiftung. ■

Wird über Affären und Fehlritte grosser Manager berichtet, steht (je grösser der Schadenfall, desto mehr Jahre) am Ende jeder Mitteilung: «Es gilt die **Unschuldsvermutung**». Gleichzeitig gilt aber wohl auch eine «Schuldvermutung», sonst müsste man nicht darüber schreiben. ■

Das Parlament hat in der Herbstsession beschlossen, den **Mindestgrenzschutz** für Zucker und den Einzelkulturbeitrag für Zuckerrüben bis 2026 auf dem aktuellen Niveau weiterzuführen. Damit bis zur voraussichtlichen Inkraftsetzung der Gesetzesänderung keine Lücke in der Anwendung des Mindestgrenzschutzes für Zucker entsteht, hat der Bundesrat am 3. November 2021 den Mindestgrenzschutz für Zucker von 7 Franken je 100 kg bis Ende Februar 2022 verlängert. Alles klar? ■

Ein **Rückübernahmeabkommen** ist eine Vereinbarung zwischen Staaten (CH und Dritte), um Flüchtlinge wie heisse Kartoffeln hin und her über Grenzen zu schieben. ■

Die Schweizer Haushalte kennen noch keine freie Wahl des Energielieferanten, doch die Strompreise sind wesentlich tiefer als in den liberalisierten Nachbarländern (bis Faktor 2). Die **(Strompreis-)Insel** Schweiz hat keinen Meeranschluss. ■



26

Je ne te voyais pas

Montag, 13. Dezember
20 Uhr Kino Gotthard

Wurden Sie schon Opfer einer Straftat? Wie sind Sie damit umgegangen? Täter sehen ihre Opfer häufig nur als Mittel zum Zweck und entwickeln wenig Reue oder Empathie. Das ändert sich, sobald sie ihre Opfer näher kennen lernen. Restaurative Justiz bietet diese Möglichkeit als Ergänzung zum herkömmlichen Strafverfahren. Opfer finden in die Normalität zurück und Täter werden seltener rückfällig. Der Film begleitet mutige Menschen bei diesem Prozess. Geballte Ehrlichkeit und tiefe Emotionen lassen auf ein geheiltes Leben hoffen. François Kohler ist anwesend für Q&A.

**Mitholz**

Montag, 10. Januar
20 Uhr Kino Gotthard

Mitholz, ein Dorf im Berner Oberland, wurde 1947 zerstört, als ein Munitionsdepot der Schweizer Armee explodierte. Damals starben neun Menschen. Das Dorf wurde wieder aufgebaut, doch die Gefahr war nicht gebannt. 2018 wird öffentlich, dass die nicht explodierte Munition noch unter den Felsen liegt. Nun soll sie weggeräumt werden. Dafür müssen die BewohnerInnen aber ihre Heimat verlassen. Offen und emotional werden die Folgen von Vertrauensmissbrauch und Versäumnissen des Staates gezeigt. Regisseur Theo Stich ist anwesend für Q&A.

**Nachbarn**

Montag, 14. Februar
20 Uhr Kino Gotthard

Der sechsjährige Kurdenjunge Sero lebt in den frühen 1980er Jahren in einem kleinen Dorf an der syrisch-türkischen Grenze in guter Nachbarschaft zu einer jüdischen Familie. Mit Seros Eintritt in die arabische Schule verändert sich seine Welt radikal. Der nationalistische Lehrer drillt die Kinder und impft ihnen Hass und Intoleranz ein. Mit humorvollen Momenten gelingt es dem Film, die Absurdität des nationalistischen Systems aufzuzeigen und Menschlichkeit und Liebe eine Chance zu geben. Regisseur Mano Khalil ist anwesend für Q&A.



Freundliche Grüsse
Elke Mangelsdorff
FLIZ FilmLiebhaberInnen
Zug



Mittwoch, 5. Januar 2022

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug

Gute Gespräche und feines Essen

Ab 18.30 Uhr

Freitag, 28. Januar 2022

critical mass Zug

Treffpunkt 18.45 Uhr beim Postplatz Zug

Mittwoch, 2. Februar 2022

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug

Gute Gespräche und feines Essen

Ab 18.30 Uhr

Freitag, 25. Februar 2022

critical mass Zug

Treffpunkt 18.45 Uhr beim Postplatz Zug

Mittwoch, 2. März 2022

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug

Gute Gespräche und feines Essen

Ab 18.30 Uhr

Freitag, 25. März 2022

critical mass Zug

Treffpunkt 18.45 Uhr beim Postplatz Zug

Tagesaktuelle Übersicht der Veranstaltungen finden Sie unter: gruene-zug.ch/event

LeserInnenmeinung

Das BULLETIN ist auch eine Plattform für Briefe, Kommentare, Meinungen von Leserinnen und Lesern.

Ganz einfach: Mail an bulletin_redaktion@bluewin.ch

Wir freuen uns auf Zuschriften!



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Delia Meier & Matúš Bielik
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen
BULLETIN Nr. 4, 11.12.2021 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Luzian Franzini
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
Trix Gubser, Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Junge Grünen erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2022:
Freitag, 4. März 2022

Erscheinungsdatum
Samstag, 26. März 2022

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

